



## Konzepte sind gefragt!

Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler,



begründet wie nie zuvor. Auch diesmal hatte Kanzlerin Angela Merkel schon wieder viele andere Namen im Gespräch, die keine Mehrheit im Volk gefunden hätten, aber mit der Koalitionsdisziplin durchgedrückt worden wären. Freie Geister sind unerwünscht. Dass Gauck „ihr Kandidat“ sei, hat die Union erst verkündet, als der ehemalige Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde schon nicht mehr zu verhindern war. Dieses peinliche Personalgeschachere vergrößert nur die Distanz zwischen Wählern und Mandatsträgern. Wir fordern deshalb eine Direktwahl des Bundespräsidenten wie bei Landräten und Bürgermeistern.

viele offene Baustellen und wenig überzeugende Konzepte - das ist momentan die Situation der Landes- und der Bundesregierung. Das Thema Bundespräsident ist vorerst abgehakt. Gauck wäre wohl schon 2010 die bessere Wahl gewesen, aber mit der Wahl Wulffs sollte ein „bedrohlicher“ Kandidat für das Bundeskanzleramt verhindert werden - die Aktion war „erfolgreich“... Unsere Forderung nach einer Direktwahl des Bundespräsidenten ist so

Auch die Energiewende wird neuerdings als Errungenschaft von Schwarz-Gelb verkauft – seitdem sie nicht mehr zu verhindern war. Genaueres Hinsehen aber ist gefragt, denn die Sabotage gegen eine echte Energiewende ist bereits in vollem Gange: Die Kürzung der Solarförderung – angekündigt zunächst für den 1. Juli 2012 – erfolgt nun bereits am 1. April. Das Problem ist, dass die Energiemonopolisten keine Marktmacht abgeben wollen. Die Politik ist wiederum zu schwach, genau dies zu erzwingen. Konzeptionell muss man hier den allgegenwärtigen Lobbyismus eindämmen und politische Rahmenbedingungen so setzen, dass regionale, dezentrale Energieversorgungsmodelle zum Durchbruch kommen. Kleinere regionale Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien scheitern beispielsweise oft an hohen Umweltauflagen, während atommüllproduzierende Kernkraftwerke diese Hürde ohne große Schwierigkeiten nehmen. Das Atommülllager Asse in Niedersachsen soll geräumt werden, weil Radioaktivität aus einem Teil der dort eingelagerten 126.000(!) Fässer austritt. Doch wohin mit den Fässern? Die Kosten zur Sanierung der Asse betragen übrigens drei Milliarden Euro!

Das Euro-Problem ist längst aus dem Ruder gelaufen. Schulden in Billionenhöhe, entstanden durch unsolide Haushaltsführung und „Spekulationsunfälle“, haben einen ganzen Kontinent in Schiefelage gebracht. Die Lösungen liegen auf der Hand: Wie bei der Einführung

**Bitte werden Sie Mitglied in der Bundesvereinigung „Freie Wähler“ und erneuern Sie hiermit die in der Wählergruppe bestehende Mitgliedschaft.**

**Beitrittserklärungen unter:  
[www.fw-bayern.de](http://www.fw-bayern.de)  
Rubrik: Mitglied werden**

**Zu senden an:  
Freie Wähler Landesgeschäftsstelle,  
Giesinger Bahnhofplatz 9,  
81539 München  
Fax: 0 89 – 52 03 21 62  
Tel: 0 89 – 52 03 21 61**

des Euro versprochen: keine Übernahme der Schulden anderer Länder, eigene Haftung der Banken, gezielte Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit schwacher Länder!

Die Klagen über das achtjährige Gymnasium nehmen immer mehr zu. Wenn unsere Schülerinnen und Schüler zu viel Stoff in zu kurzer Zeit bewältigen müssen, sollten wir die Lehrpläne entrümpeln und das Pensum entsprechend anpassen. Ein weiteres Problem ist die Breitbandversorgung in Bayern, denn sie hinkt dem Bedarf um Jahre hinterher. Wir benötigen Ausbaupläne mit dem Ziel einer Datenübertragungsrate von mindestens 50 MBit/s in ganz Bayern, eine bessere Koordination des Ausbaus „von oben“ und die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzausstattung. Rentierliche Investitionen sind gefragt, um Bayern zukunftsfähig zu machen, anstatt das System kaputtzusparen.

Ich freue mich, mit Ihnen am 21. April ab 10:00 Uhr bei der Landesdelegiertenversammlung in Rosenheim das Thema Bildungs- und Europapolitik zu diskutieren und am 16. Juni ab 12 Uhr in Geiselwind eine Bundesmitgliederversammlung zur Vorbereitung der Bundestagswahl abzuhalten. Konzepte sind gefragt!

Mit freundlichen Grüßen,  
Ihr

*Hubert Aiwanger*  
Hubert Aiwanger

### Themen in dieser Ausgabe:

- Grußwort des Vorsitzenden der Freien Wähler Bayern
- Zwischen freien Träumen und schwarzen Ängsten
- Doppik/Kameralistik
- Neues Thema: Modernisierung kommunales Finanzwesen
- Unterschriften gegen Studiengebühren
- 60 Jahre UWG-FW Kürnach
- Transparenz im Rathaus von morgen
- Neujahrsempfang FW Augsburg
- Neuer OB in Lindau/Bodensee
- Neues Thema: Pressearbeit für lokale Printmedien
- Neues Thema: Pressefoto: Die Macht der Bilder
- Seminarkalender 1. Halbjahr 2012

# Zwischen freien Träumen und schwarzen Ängsten

## Ein Bericht aus dem bürgerlichen Lager

Jahrzehnte waren die Freien Wähler den Medien äußerstenfalls eine Randnotiz wert. Seit der Stabilisierung der Umfrageergebnisse für die Freien Wähler wittern die Medien im Wahljahr 2013 eine Schlüsselrolle der FW-Fraktion bei der kommenden Regierungsbildung. Selbst Gespräche mit dem SPD-Kandidaten Ude finden pressewirksame Resonanz und heizen Spekulationen an.

Die Freien Wähler haben sich vernünftigerweise von den von der SPD und den Grünen beschworenen Zielen bisher nicht vereinnahmen lassen. Aus der Ecke des Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden dagegen dringt beredtes Schweigen.

Das mag einer Art Notbeatmung des derzeitigen Koalitionspartners FDP geschuldet sein, kann aber auch auf völlig anderen Überlegungen beruhen.

Jahrzehnte der Nachkriegszeit war für die Union der gemeinsame christliche Anspruch das Integrationsvehikel, als tatsächlicher Kitt der verschiedenen bürgerlichen Teilmilieus diente aber der Antisozialismus. Dabei wurde die eher kleinbürgerliche westdeutsche Sozialdemokratie in diese Ecke gedrängt. Die daraus erwachsene Polarisierung hat der Union und SPD zusammen 1976 91,6% der Stimmen gebracht, 2009 waren es nur noch knapp 40%. Fürwahr ein echter politischer Erd-rutsch.

**Jahrzehnte der Nachkriegszeit war für die Union der gemeinsame christliche Anspruch das Integrationsvehikel**

Vor allem waren es die Probleme in Ballungszentren, mit Frauen jüngerer und mittleren Alters, und vor allem mit gebildeten und höher qualifizierten Wählern, die diese Erosion ausgelöst haben. Zwar erreichte die CSU bei der Landtagswahl 2008 wieder die Mehrheit, nach Wählerschichten gegliedert jedoch hat es zur absoluten Mehrheit nur bei Wählern mit formal niedrigem Bildungsstand gereicht. Bei den Hochgebildeten waren es nur noch 35%, was vor allem vor dem Hintergrund der stets propagierten Wissensgesellschaft ein gefährlicher Trend bleibt. Der volksparteiliche Kitt der frühen Jahren ging verloren und damit auch die Fähigkeit verschiedene Gruppen und Ansichten zusammenzuführen. Die Wahlerfolge von 2003/2004 mit den Landesfürsten Stoiber, Wulff, Rüttgers, Müller, von Beust und Koch resultierten aus außergewöhnlichen Stimmenzuwächsen aus der Arbeiterschaft. Ausgelöst wurde er durch die unpopuläre Agendapolitik der SPD unter Bundeskanzler Schröder. Irrationalerweise stieg die Union dadurch deutschlandweit zur Mehrheitspartei der Arbeiterklasse auf. Dann folgte postwendend ein gravierend strategisches Versäumnis. Die Union hat es nicht verstanden, diese Wähler

zu binden. Im Gegenteil, sie hat besitzbürgerlichen Interessen und Vorurteilen das Ohr geschenkt. Ferner hat sie die Ablehnung des Steuerstaates und damit eine bereits überlebte Liberalisierung nachgebetet und sich die Wut über das vermeintliche Wohllieben von Sozialhilfeempfängern zu eigen gemacht. Sie wich vor dem Druck der Ungeduldigen und den immer fordernder werdenden ökonomischen Eliten zurück. Trotz Vorbehalten wurde damit auch die CSU besitzbürgerlicher und löste dadurch einen neuen Wechsel des Sozialproletariats zu den Linken und zu anderen Parteien aus. In der Bundestagswahl 2005 verlor dann die Union das bereits gewonnen geglaubte Spiel, als sie einen nicht unerheblichen Teil der Arbeiterschaft von rund 7% wieder abgeben musste; bei der CSU waren es 2008 allein bei der Landtagswahl zweistellige Prozentbereiche bei den Arbeitern und den Arbeitslosen. Aber auch die Selbständigen wandten sich bei den Bundestagswahlen im Jahr darauf spürbar von der Union ab.

### Was war mit der traditionellen Wählerschaft der CSU passiert?

Schon das politische Personal gibt darüber Auskunft. Die heutige Globalisierungselite verachtet die langsamen und dauerpalavernden Volksparteien mit ihren Balzritualen. Die Organisationsstrukturen und Karrierel Leitern des christdemokratischen Parteiapparates mit seinen Anforderungen an Einsatz und Mobilität sind für junge Leistungsträger nicht mehr erstrebenswert. Stete Anwesenheit in Orts- und Kreisverbänden verbunden mit hohem Zeiteinsatz ist out. Es fehlt hier kurzum die Zeit für die traditionellen Parteiformen, die die Volksparteien von Gestern so gern belohnt haben: Bekanntheitsgrad, Verankerung vor Ort, Vereinsmeierei, Ochsentour, etc.

Die großen Alten des Konservatismus fragen nicht umsonst: Ist die Union überhaupt noch konservativ? Offensichtlich geht der Partei die Fähigkeit zu konservativen Reflexen auf die Zumutungen der Moderne nach und nach verloren. So wurde die CSU stillschweigend liberaler, als die Faszination des Liberalismus bereits am Erlöschen war. Es wurde das Mantra allumfassender Eigenverantwortlichkeiten mit viel Pathos nachgebetet, als bereits eine breite Mehrheit des Bürgertums eine Zähmung der ungezügelter Märkte forderte.

**Die heutige Globalisierungselite verachtet die langsamen und dauerpalavernden Volksparteien mit ihren Balzritualen.**

Weiter sind heute bei den 50 bis 59jährigen Konservativen nur noch 30% der Auffassung,



Volker Heiduk, Furth im Wald

dass für die Union eine christliche Orientierung wichtig ist. Bei den 16 bis 25jährigen sind es gar nur noch 10%. Wenn man das Verhalten beim Projekt G8, den Absturz der Randgruppen der sozialen Mitte, die Zunahme von De-regulierungen, die protektionistische Einstellung, die Entscheidungen zu Atomkraft und Wehrpflicht sowie weitere Positionswechsel betrachtet, die gestern noch zum Kernverständnis jedes Konservativen gehörten, kann man die Kluft ermessen, die sich in der bürgerlichen Mitte auftut. Die CSU trifft heute auf ihr ureigenes Wählerklientel, das nicht mehr auf den Zauber des Wachstums, sondern lediglich auf die Wahrung des erworbenen Status setzt. Der Schock der New-Economy-Blase 2001 und die durch unverantwortliche Spekulationen und Wachstumsphantasien ausgelöste Finanz- und Wirtschaftskrise hat seit 2008 zusätzlich diesen Trend verstärkt. Das politische Bürgertum hat unter Schockeinwirkung sich überwiegend auf sich selbst zurückgezogen.

Bereits bei den Landtagswahlen 2008 war wegen dieses Absatztrends der Mitte ein großer Verlust an das Spektrum der Nichtwähler bei der CSU zu verzeichnen. Sie hat versucht, ähn-

lich der SPD in den 80er Jahren, mit einem weiten programmatischen Spagat dieser Entwicklung zu begegnen. Während die traditionsverwurzelte Kernwählerschaft der 20er und 30er Geburts-

jahre demographisch schwindet, frant sie zusätzlich bei der neuen dominanten Schicht der 50er und 60er Geburtsjahrgänge aus, die die Hälfte der Wählerschaft stellt. Diese Hälfte aber besitzt derzeit mehrheitlich eine konstant rot-rot-grüne Basispräferenz. Die CSU hatte zuletzt bei den 18- bis 59jährigen durchwegs Prozentverluste zu verzeichnen.

Das lässt das Fazit zu: Das altbürgerliche Lager aus CSU und FDP ist heute strukturell nicht mehr mehrheitsfähig. Auch die Themen, die 2008/2009 wahlbestimmend waren, stammten nicht unbedingt aus der Herzkammer der bürgerlichen Mitte, wie die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für Ältere, der Unmut über die wachsende Schere der Einkommen, überhöhte Managergehälter, Kinderarmut und Casinokapitalismus u. v. a. Hinweise, dass dies eine vorübergehende Erscheinung wäre, sind nicht erkennbar. Es ist damit eine spürbare Rolle rückwärts zu der lange verachteten Sozialstaatlichkeit zu erkennen.

Trotz ihrer hohen Sensibilität für soziale Fragen hat die CSU den Volksparteistatus eingebüßt. Dies ist nicht überraschend. 1998 fiel sie mit 47,7% erstmals seit den frühen 50er Jahren unter die 50%-Grenze bei nationalen Wahlen. 2005, bei der Bundestagswahl, hat sich dies wiederholt. Der Schwund war schon unter Stoiber erkennbar und nicht erst unter dem Duo Beckstein/Huber. Man kann getrost der These folgen, dass damit die von Soziologen bereits vor längerem prophezeite Folge der betriebenen Programmmodernisierung eingetreten ist. Eine Vielzahl von Faktoren haben bei der CSU dazu geführt, dass ihr Teile ihres Wahlklientels durch Säkularisierung, durch Bildungserfolge auf dem Land und durch den Zuzug von Ost- und Norddeutschen sowie durch Immigration abhanden gekommen sind.

Der CSU-These, die Bürger seien volatiler, unberechenbarer und wechselwilliger geworden, ist allerdings so nicht richtig. Richtig ist, dass die geschrumpften Lager selbst noch erstaunlich intakt sind. Aber innerhalb der Lager sind die Wähler selbstbewusster, kritischer, eigenwilliger geworden. Sie schätzen auch kein politisches Monopol innerhalb ihres Spektrums. So haben die klassischen Wähler des bürgerlichen Lagers, wie die freien Berufe, das gewerbliche Bürgertum und Wähler mit Abitur und Hochschulabschluss, größte Distanz zur CSU geäußert. Hier lag die CSU zuletzt erkennbar unter 40%.

Es hat also entgegen der öffentlichen These der CSU kein Wechsel in ein anderes Lager stattgefunden, vielmehr ist der Wechsel innerhalb des bürgerlichen Lagers vonstatten gegangen, zuletzt zur FDP und zu den Freien Wählern. In der CSU wird dies als ein Alarmzeichen für die etablierten Christsozialen gesehen, zumal die politische Mitte sich nicht mehr problemlos integrieren lässt. Eine ähnliche Entwicklung ist schon seit längerem der Trend in den europäischen Demokratien und hat vor allem zu einer Spreizung der Parteiensysteme beigetragen. Damit vollzieht sich zurzeit auch im bürger-

lichen Lager, ähnlich wie in der Gesellschaft und der bundesdeutschen Politik ein Prozess wie 2004/2005 auf dem linken Flügel.

Die Freien Wähler sehen sich seit jeher als Teil dieses bürgerlichen Lagers. Sie sind vorwiegend ländlich geprägt, männerdominiert, treten für konservative Werte wie Glaube, Familie, etc. ein und haben ihre stärksten Wurzeln außerhalb der großen Städte. Dort können sie Bürgernähe leben. Dabei ist ihre Existenz nur eine von vielen Ursachen, dass die eherne CSU-Regel, wonach Bayern und die CSU symbiotisch unzertrennlich verwoben sind, ihre Geltung verliert. Die heutigen Betrachtungen gelten der Frage, welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf die Freien Wähler in Bayern haben. Die FW haben in ihrer ungewöhnlichen Geschichte einige Themen verinnerlicht, die ihren Mitgliedern zum Dogma geworden sind. Bereits daraus lässt sich eine quasiprogrammatische Kultur ablesen:

Die Kommune ist nicht nur der verfassungsrechtliche Unterbau, sondern auch die lebendige Basis unserer Demokratie. Dort kann mit

**Das gibt uns genügend Anlass, das Wählervotum mit großer Gelassenheit abzuwarten.**

Sachverstand und Augenmaß das Problem der Daseinsvorsorge für den Einzelnen am Besten ohne jegliche Parteilichkeit von unabhängigen Bürgern selbst gelöst werden.

Der Einsatz von Ideologien oder eine Ausrichtung von Kommunalpolitik an Parteiprogrammen ist für die Kommunen weder wichtig, noch nutzt sie ihnen, sondern stellt meist einen Hemmschuh dar. Diese Überzeugung hat sich zwischenzeitlich auch auf die Landespolitik verlagert.

Die bemühten Kletterversuche von Parteileuten in der Kommunalpolitik am Fuß der Karriereleiter sind inhaltsleer und irritierend. Schon deswegen werden weitere Bindungen der Freien Wähler an Landes-, Bundes- oder gar Europapolitik mit Misstrauen verfolgt. Als Verhinderer solcher Ziele aber lassen sich die Freien Wähler unter Berufung auf die Liberalitas Bavariae nicht vereinnahmen.

Das alles ist unbestreitbar sehr konservativ. Aber gerade weil sich diese Essentials überwiegend auch gegen die CSU entwickelt haben, sind sie enorm stabilisierend. Neuausrichtungen oder gar Modernisierungen werden deshalb bei den Freien Wählern nur unter konservativen Vorzeichen sinnvoll sein. Dabei müssen sich die Freien Wähler in Bayern ihrer Kernbotschaften sicher bleiben, um nicht ihr idealistisches Engagement, ihren ehrenamtlichen Einsatz und ihre Bereitschaft zur Wahlkampfarbeit zu verlieren.

Wer uns nur als Fleisch vom Fleische der CSU sieht, verdrängt, dass die ersten politischen

Gehversuche in den Kommunen unmittelbar nach dem Krieg zeitgleich mit und in Konkurrenz zur CSU erfolgten. Weder CSU noch FDP haben daher ein Alleinvertretungsrecht für bürgerliche Politik in Bayern, mögen sie sich auch in ihrem Streben nach Machterhalt von den Freien Wählern nachhaltig gestört sehen. Überzeugende Argumente oder gar Konzepte gegen die von den FW praktizierte Bürgerbeteiligung besitzen sie nicht. Bei den anstehenden Entscheidungen für 2013 werden die Freien Wähler solche Erkenntnisse sicherlich zu berücksichtigen wissen. So wie die CSU heute agiert, wird sie als voraussichtlich stärkste Partei vorrangig ihr Heil bei anderen Parteien suchen. Die Freien Wähler werden vorerst noch als Dorn im eigenen Fleisch empfunden.

**Das gibt uns genügend Anlass, das Wählervotum mit großer Gelassenheit abzuwarten.**

*Volker Heiduk, Furth im Wald*



**Liebe Leserin, lieber Leser,**

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, Marktplatz 7, 95349 Thurnau; Fax: 09228 9969567; Tel.: 09228 9969566; E-Mail: [bkb-bayern@t-online.de](mailto:bkb-bayern@t-online.de)

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter [www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de) und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: [redaktion@bkb-bayern.de](mailto:redaktion@bkb-bayern.de) bis zum 30. Juni 2012, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München ([gstelle@freie-waehler.de](mailto:gstelle@freie-waehler.de)) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i.d.R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.



## Wie kommt der Bagger in den Haushalt? Zeil am Main, Landkreis Haßberge, Unterfranken

Sollte die gemeindliche Haushaltsführung auf das neue Verfahren der Doppik umgestellt werden, oder bleibt die bisher angewandte Kameralistik das richtige Instrument der Buchführung? Mit diesem Thema befassten sich 21 Mandatsträger und Beschäftigte von Verwaltungen in einem Seminar des Bildungswerkes für Kommunalpolitik Bayern zum Thema „Von der Kameralistik zur Doppik“. Die Referenten Dr. Claudia Lorentzen und Dipl. Verw. Wirt Rüdiger Neubauer traten dabei quasi als „Anwalt“ der jeweiligen Buchungsarten auf.

Im Landkreis Haßberge stellten zum 1. Januar der Kreis selbst und die Stadt Haßfurt auf das Buchungssystem Doppik um, in Eltmann laufen die Vorbereitungen. In vielen, vor allem kleineren Kommunen im Kreis scheut man sich noch vor der Umstellung, die mit allerhand Arbeitsaufwand verbunden ist. Vor der Eröffnungsbilanz muss nämlich das gesamte Vermögen einer Kommune ermittelt werden. Jedes Gebäude, jedes Grundstück, aber auch jede Gemeindestraße und jeder Kanal muss erfasst und in seinem Zustand bewertet werden. Diese Bewertung ist nicht immer ganz einfach. „Wie bewerten wir in Knetzgau denn das Schloss Oberschwappach“, fragte sich Gemeinderat Achim Einig. Fünf Jahre lang dauerte der Vorbereitungsprozess in Haßfurt, wie 3. Bürgermeister Reiner Schusterschilderte. „So lange wollen wir aber nicht brauchen, falls wir in Zeil umstellen“, frozzelte dazu der Zeiler Standesbeamte Wolfgang Kühl.

Im Lauf des Seminars wurde deutlich, dass die Doppik einige Vorzüge hat, was die Transparenz und vor allem die direkte Kostenermittlung einzelner „Produkte“ betrifft. Gleichzeitig kann die Kameralistik für eine Verwaltung demotivierend wirken. Ob sie das tut, hängt allerdings im Wesentlichen von der Größe der Kommune und vom Führungsstil von Bürgermeister und Stadt beziehungsweise Gemeinderat ab. Klar war, dass ein neu gewählter Stadt- oder Gemeinderat in der Regel eine Bilanz, also eine doppische

Buchführung leichter verstehen kann, als einen kameralistischen Haushalt. Die Erleichterung einer verantwortungsbewussten Arbeit eines ehrenamtlichen Rates ist für die stellvertretende Kreisvorsitzende der Wählergemeinschaft Sabine Weinbeer ein großer Pluspunkt der Doppik. Außerdem werden in die Bilanz alle Regie- und Eigenbetriebe, GmbH und sonstige Gesellschaften der Kommune mit aufgenommen und die Transparenz verbessert sich. Allerdings ist Bayern das einzige Bundesland, das es den Kommunen überlässt, welches Buchungssystem sie betreiben.

Am Ende des Seminars waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ziemlich einig: Die Umstellung auf Doppik ist langfristig anzustreben, steht derzeit in vielen Kommunen aber in keinem Verhältnis zum Aufwand. Für kleinere Kommunen, so Sabine Weinbeer, sei vor einer Umstellung Zug um Zug an die Wertermittlung zu gehen. Dies bietet sich gerade bei Generalisierungen oder umfangreichen Kanalbefahrungen an, die entsprechende Daten liefern. Als eine wesentliche Hilfe erweisen sich vor allem die Kenntnisse erfahrener Stadt- und Gemeinderäte und alt gedienter oder ehemaliger Bediensteter im Bauhof oder Verwaltung, um diese Aufstellung zu fertigen.



*Doppik oder Kameralistik? Diese Frage zur kommunalen Haushaltsführung klärten Dr. Claudia Lorentzen und Dipl. Verw. Wirt Rüdiger Neubauer beim Seminar.*

Bildungsbeauftragter des BKB für Unterfranken, Robert Kremling, bedankte sich bei den beiden Referenten, die es schafften, ein eigentlich trockenes Thema relativ spannend zu vermitteln und die Frage aus dem Untertitel des Seminars zu beantworten: „Wie kommt der Bagger in den Haushalt?“

*Sabine Weinbeer, Oberaurach*



## Modernisierung des kommunalen Finanzwesens auf kameraler Basis - Outputorientierung und Flexibilisierung ohne Einführung der Doppik -

Neues Thema:

Knappe Finanzmittel einerseits und hohe Qualitätsansprüche an die Erfüllung der kommunalen Aufgaben andererseits zwingen die Gemeinden ihr Finanzwesen unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen. Den Umstieg auf die kommunale Doppik scheuen jedoch viele Kommunen angesichts der damit verbundenen Kosten und des hohen Verwaltungsaufwands in der Umstellungsphase. Das dreistündige Seminar gibt Anregungen,

wie auch in der kameralen Haushaltsplanung betriebswirtschaftliche Elemente umgesetzt werden können. Output-Orientierung in der strategischen Steuerung und die Instrumente der flexiblen Haushaltsführung bieten hierbei moderne Ansatzpunkte. Beispielhaft werden Möglichkeiten aufgezeigt, die von der produktorientierten Mittelbewirtschaftung in einzelnen Aufgabenbereichen bis hin zum vollständig budgetierten Haushaltsplan reichen.



*Rüdiger Neubauer, Dipl.-Verwaltungswirt (FH)*

## Bereits 20.000 Unterschriften für das Volksbegehren gegen Studiengebühren gesammelt – Unterschriftensammlung läuft weiter

Bayern ist ab dem Sommersemester 2012 neben Niedersachsen das einzige Bundesland, in dem Studenten noch für ihr Erststudium zahlen müssen. Von Bildungsgerechtigkeit kann nicht mehr die Rede sein. Die Freien Wähler fordern daher schon seit langem, die umstrittenen Studienbeiträge auch in Bayern wieder abzuschaffen. Deshalb sammeln wir Unterschriften für ein Volksbegehren gegen diese Studienbeiträge.

Dank der Unterstützung zahlreicher Orts- und Kreisverbände haben wir die Marke von 20.000 Unterschriften bereits überschritten. Um das nötige Quorum von 25.000 Unterschriften zu erreichen, benötigen wir – mit Sicherheitspuffer – mindestens noch 7.000 Unterschriften. Unser Ziel ist es, die notwendigen Unterschriften in Kürze zu erreichen. Wir bitten Sie daher, tatkräftig daran mitzuwirken.

Schon mit fünf bis zehn Unterschriften aus Ihrem Bekanntenkreis und/oder Ihrem Ortsverband helfen Sie dabei, das Quorum zu erreichen. Laden Sie sich einfach auf der Homepage des Landesverbandes die Druckvorlage für eine Liste im DIN-A4-Format herunter, die Sie selbst ausdrucken können: <http://www.fw-bayern.de/volksbegehren-nein-zu-studiengebuehren>.  
Flyer, Plakate und Unterschriftenlisten



Prof. Dr. Michael Piazzo, MdL

können aber auch in der Landesgeschäftsstelle und den Bezirksgeschäftsstellen angefordert werden.

Bitte senden Sie uns zeitnah alle Listen zu, die sich in Ihrem Verband noch im Umlauf befinden oder Ihnen bereits vorliegen. Die von Ihnen gesammelten Unterschriften können Sie Ihrer Gemeinde zur Bestätigung vorlegen oder auch unbestätigt an die Landesgeschäftsstelle zurücksenden.

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung und stehen Ihnen in der Landesgeschäftsstelle für Rückfragen und Anregungen gerne zur Verfügung.

## Kürnach – Landkreis Würzburg, Unterfranken

### 60 Jahre UWG-FW Kürnach - Jahrzehntelanger Dienst am Bürger

Unter dem Motto „Es ist uns eine Ehre, für diesen Ort, für die Menschen, Gruppen und Vereine hier in Kürnach tätig sein und wirken

zu dürfen“ stand das 60jährige Gründungsfest der Unabhängigen Wählergemeinschaft – Freie Wähler in Kürnach. Ortsvorsitzender

Manfred Dülk konnte über 100 geladene Gäste im Alten Rathaus begrüßen, darunter viel Politprominenz aus der Region. Alle Redner lobten den ehrenamtlichen Einsatz und das Engagement der UWG-FW Kürnach über diesen langen Zeitraum sowie die Geehrten als tragende Säulen der Gruppierung.



MdL Dr. Fahn und der stellv. Landesvorsitzende Thomas Zöller mit den geehrten Mitgliedern des ÜWG-FW Kürnach. Hinten von links: Friedrich Böwering, Claus Schreiner, Uwe Hafner, Wolfgang Müllges, Elmar Keupp, stellv. Landesvorsitzender Thomas Zöller. Vorne von links nach rechts: Karl Gallena, Dieter Haug, MdL Dr. Hans-Jürgen Fahn, Reinhold Grimm, Eckehardt Tschapke, Manfred Dülk

Aus der Hand von MdL Dr. Hans-Jürgen Fahn erhielten die langjährigen Mitglieder und Vertreter der örtlichen Vorstandschaft Karl Gallena, Dieter Haug, Werner Haug, Reinhold Grimm, Prof. Dr. Wolfgang Müllges und Elmar Keupp die Silberne Ehrennadel des FW-Landesverbandes. Ebenso wurden aktuelle und frühere Mandatsträger wie Claus Schreiner, Uwe Hafner und Friedrich Böwering mit dieser Auszeichnung bedacht. Die Ehrennadel in Gold erhielt der dienstälteste Gemeinderat Eckehardt Tschapke, der sich durch sein Engagement um die Ortsgruppe besonders verdient machte. Zugleich erhielt Manfred Dülk vom Landesverband das Goldene Ehrenzeichen für seine jahrzehntelange Arbeit auf Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsebene.

UWG-FW Kürnach

## Transparenz und Informationsfreiheit im Rathaus von morgen

Die Welt ist bunt, wenn man sich anschaut, mit welcher Zielrichtung Gemeindeverwaltungen ihre Datenbestände organisieren und wie sie Bürgern den Zugriff auf Informationen ermöglichen. Die Rede ist von Transparenz und der Art, wie Gemeinden den Zugang zu diesen Informationen gestalten. Zwei Arten von Gemeindeverwaltungen lassen sich unterscheiden:

- Die eine ist der Überzeugung, sie sei der Hüter der Informationen, der Ort, wo alle Informationen vorhanden sind. Bürger dürfen selbstverständlich Einsicht nehmen, haben sich aber an Öffnungszeiten, an die Verfügbarkeit der entsprechenden

**...verursacht das alte Modell zurückhaltender Informationspolitik eine Menge direkter und indirekter Kosten.**

Anspruchspartner und gegebenenfalls an Antragsformulare zu halten. Im Internetauftritt findet sich meist ein dementsprechend schmalbrüstiges Angebot.

- Die andere dagegen glaubt daran, dass eine Gemeindeverwaltung dazu da ist, den Bürger informiert zu halten und ihm uneingeschränkter Zugriff auf alle nicht durch Rechtsvorschriften oder Beschlüsse geschützten Daten zu ermöglichen. Um die Bürger vom Besuch des Rathauses zu entlasten wird alles, was möglich und dem Informationsinteresse dienlich ist, ins Netz gestellt. Zudem gibt es meist ein umfangreiches „virtuelles Rathaus“, das zahlreiche einfache behördliche Vorgänge, zum Beispiel aus dem Bereich Meldewesen, das Stel-

len von Anträgen oder das Ausstellen von Bescheinigungen auf elektronischem Wege ermöglicht.

Wiewohl tapfer von vielen Rathauschefs oder Geschäftsführern verteidigt, verursacht das alte Modell zurückhaltender Informationspolitik eine Menge direkter und indirekter Kosten. Einerseits wird schlicht Arbeitskraft in der Verwaltung gebunden, andererseits entstehen auch psychologische Hürden: Viele Bürger erleben Informationsbeschaffung als hinderlich, sie erleben den Prozess als aufwändig und so unterbleibt häufig die Nachfrage angesichts der zu investierenden Energie. Zwar wird in der Gemeindepolitik regelmäßig das Wort vom mündigen Bürger bemüht, dieser jedoch hat es oft schwer, sich so zu

informieren, dass er wirklich mündige Beiträge leisten kann.

Zudem sind Gemeinden mehr und mehr auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen, um sich entwickeln zu können. Zwar steigt Bayern weit die Anzahl von Arbeitskreisen und Gremien, keineswegs aber im selben Tempo auch die Präsenz wichtiger Informationen im Netz. Es fällt auf, dass Bürger vielerorts zum Mitmachen aufgefordert werden, die informationellen Voraussetzungen dafür liegen jedoch oft nicht vor.

Zwei Schritte sind notwendig, will der Bürgermeister seine Verwaltung auf die Zukunft

**Der Nutzen einer solchen Ausrichtung der Verwaltung liegt auf der Hand...**



Michael Dürr

ausrichten:

1. Grundlage ist eine **Informationsfreiheitssatzung**, wie sie im regionalen Umfeld des Verfassers beispielsweise die Stadt Bad Aibling am 29.1.2010 erlassen hat. Sie enthält klare Regelungen über den Zugangsanspruch und verpflichtet die Gemeinde „Auskunft zu erteilen, Akteneinsicht zu gewähren oder die Informationsträger zugänglich zu machen, die die begehrten Informationen enthalten.“ Dies

gilt auch für Informationen, die während eines Entscheidungsprozesses als vertraulich gelten: Nach Abschluss des Vorganges sind sie selbstverständlich öffentlich zu machen. Ebenso deutlich wird beschrieben, welche Informationen den Schutz der Nicht-

## Neujahrsempfang

### Stadt Augsburg, Schwaben

Beim Neujahrsempfang der Freien Wähler war der „Obere Fletz“ im Augsburger Rathaus voll besetzt. War es Hubert Aiwanger, der Chef der Freien Wähler in Land und Bund den viele Gäste, auch aus anderen Parteigruppierungen, kennen lernen wollten oder war es der Wunsch nach parteiübergreifender und unideologischer Zusammenarbeit. Unter ihnen 2. Bürgermeister Hermann Weber (CSM) und viele FW-Politiker aus den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg. Die Begrüßung durch den alt gedienten FW-Stadtrat Rainer Schönberg und der musikalische Auftakt der Jagdhornbläser „Horrido“ war die Einleitung für die frei gehaltene Rede des FW-Landtags-Fraktionschefs Hubert Aiwanger, der unter anderem „mehr Bürgerbeteiligung, Stärkung von Kommunen und Regionen auch außerhalb der Metropolregion forderte und Kritik übte an der derzeitigen Bildungspolitik und an der Befürwortung der 3. Startbahn des Münchner



Bild von links: FW-Stadtrat Rainer Schönberg, MdL Ulrike Müller, MdL Bernhard Pohl, MdL Hubert Aiwanger, FW-Stadträtin Regina Stuber-Schneider, JFW-Vorstandsmitglied Christian Popp, MdL Dr. Leopold Hertz, FW-Bezirksvorsitzender und Bezirksrat Josef Rid, FW-Stadträtin Rose-Marie Kranzfelder-Poth.

Flughafens“. Ergänzt wurde Aiwanger von der Augsburger FW-Fraktionschefin Regina Stuber-Schneider mit ortsspezifischen Themen. Abschließend gab es am Büffet die Mög-

lichkeit ausgiebig zu diskutieren. Eine rundum gelungene Veranstaltung der Augsburger FW!

Waltraut Wellenhofer, Bobingen

Öffentlichkeit genießen – im Umkehrschluss: Alles andere darf eingesehen werden. Ähnliches findet man es in der Informationsfreiheitsgesetz der Marktgemeinde Prien am Chiemsee, die dort seit 2009 in Kraft ist. Die Vermutung, eine solche Informationsfreiheitsgesetz würde eine Flut von Anfragen und Anträgen nach sich ziehen, geht ins Leere. Die Verwaltung in Prien am Chiemsee berichtet von vier oder fünf Anfragen im Jahr, andere Gemeinden machen ähnliche Erfahrungen. Trotzdem liest man aus dem letzten Bericht des Münchner Datenschutzbeauftragten mit Erschrecken, dass sich bisher nur 4% aller im bayerischen Städtetag organisierten Gemeinden eine solche Satzung gegeben haben.

2. Der Zugriff auf Inhalte wird auf der **Internet-Plattform** der Gemeinde und im **virtuellen Rathaus** geregelt. Satzungen, Verordnungen, Bauleitplanungen, infrastrukturelle Maßnahmen, man kann sich unschwer vorstellen, wie umfangreich das Paket an ins Netz zu bringenden Informationen ist. Hier gilt es also, nicht nur auf Vollständigkeit zu achten, sondern – und das ist ein Schlüsselfaktor für den Erfolg – eine intelligente Struktur zu finden, die dem Bürger das Auffinden dessen erleichtert, was ihn interessiert.

„Ein solches System muss Bürger einladen, sich mit den wichtigsten Regelungen in ihrer Gemeinde vertraut zu machen. Wir brauchen also kein Datenregal, in das alles hineingestopft wird, sondern eine intelligente Aufbereitung, an der der Bürger merkt, dass man ihm das Leben einfach machen will – einen wirklich professionellen Service“, so der Bürgermeisterkandidat der Freien Wähler im Markt Schliersee, Michael Dürr.

Der Nutzen einer solchen Ausrichtung der Verwaltung liegt auf der Hand: Die Bürger können sich viel leichter informieren, Zuzugswillige können zum Beispiel leichter ermitteln, was am Ort ihrer Wahl los ist, Unternehmen gewinnen schnellere und bessere Entscheidungsgrundlagen und Transparenz hat auf Dauer schon immer die Qualität der Verwaltung verbessert.

An berechtigten Datenschutzinteressen ändern Informationsfreiheitsgesetze und -satzungen dagegen nichts.

Bleibt zu spekulieren, was 96% der erwähnten Gemeinden derzeit daran hindert, den uneingeschränkten Zugang zuzulassen. Ist dieser Schritt wirklich so groß?

Michael Dürr

FW im Markt Schliersee (PWG)



## Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Freien Wählern und SPD bei der Lindauer OB-Wahl FW-Kandidat Dr. Gerhard Ecker ist neuer Oberbürgermeister in Lindau am Bodensee



Am 26. Februar 2012 haben die Lindauerinnen und Lindauer einen neuen Oberbürgermeister in der Stichwahl gewählt. Mit über 60 Prozent der abgegeben Stimmen hat sich der von FREIEN WÄHLERN und SPD unterstützte Kandidat Dr. Gerhard Ecker klar gegen den CSU-Kandidaten durchgesetzt.

Dr. Ecker führte diesen tollen Erfolg zu einem wesentlichen Teil auf die überragende Unterstützung der FREIEN WÄHLER zurück. Diese Unterstützung ermöglichte es ihm, viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände, Vereine und Firmen mit all ihren Sorgen und Nöten kennenzulernen. „Nur wen die Lindauer persönlich kennen, den wählen sie auch“ war Eckers klare Erkenntnis.

Groß gefeiert wurde der Sieg Eckers noch am Wahlabend mit zahlreichen Freunden und Unterstützern von den Freien Wählern und der SPD.

Wir gratulieren Dr. Ecker und den FREIEN WÄHLERN Lindau herzlich zu diesem herausragenden Wahlerfolg! *Das BKB-Team*

### Pressearbeit für lokale Printmedien

Ziel des Workshops ist es, die lokale Pressearbeit durch Pressemeldungen zu optimieren. Der Workshop richtet sich insbesondere an Pressesprecher(innen), Vorstandsmitglieder von Ortsvereinen und Mandatsträger(innen) in politischen Gremien.

#### Inhalte:

- Presseverteiler aufbauen und pflegen: Wer soll meine Beiträge drucken?
- Wann bieten sich Pressekonferenz, Hintergrundgespräch, E-Mail, Briefe oder Fax an?
- Aufbau einer Pressemeldung
- Geeignete Themen für Pressemeldungen
- Anzeigen und Redaktion
- Zehn Todsünden der Pressearbeit – und wie Sie sie vermeiden
- Praktische Übungen

Die Teilnehmer(innen) werden gebeten, ein Notebook für die Übungen mitzubringen.

Peter Knoll ist langjähriger Redakteur, Autor, Fotoreporter und Filmemacher. Er hat unter anderem für Fachzeitschriften und Tageszeitungen wie die Augsburgische Allgemeine, den Münchner Merkur und die Süddeutsche Zeitung geschrieben und fotografiert. Als verantwortlicher Redakteur für Aktuelles und Wirtschaft hat Knoll einen Radiosender sowie als Chefredakteur oder Chefredakteur mehrere lokale Printpublikationen mitaufgebaut.

Peter Knoll kennt zudem „die andere Seite“ als ehemaliger Landespressereferent und aktiver Stadtrat.

### Pressefotos: Die Macht der Bilder

Ziel des Workshops ist es, die lokale Pressearbeit durch gute Fotos für Druck und Web zu optimieren. Der Workshop richtet sich insbesondere an Pressesprecher(innen), Vorstandsmitglieder von Ortsvereinen und Mandatsträger(innen) in politischen Gremien.

#### Inhalte:

- Bildwirkung und Bildauswahl
- Qualitätsmerkmale guter Pressefotos
- Presseverteiler aufbauen und pflegen
- Hinweise zur Ausrüstung
- Kommunikation: E-Mail-Anhang, Web-Link oder Datenträger?
- Zehn Todsünden von Fotoreportern – und wie Sie sie vermeiden
- Praktische Übungen

Die Teilnehmer(innen) werden gebeten, ein Notebook für die Übungen mitzubringen.

Peter Knoll ist Fachzeitschriften-Redakteur mit den Spezialgebieten DTP und Bildbearbeitung, Videoschnitt und Finanzsoftware. Er ist erfolgreicher Fachbuchautor und Filmemacher.

Knolls Fotos veröffentlichten unter anderem Fachzeitschriften wie Sport und Tageszeitungen wie die Augsburgische Allgemeine, der Münchner Merkur und die Süddeutsche Zeitung.



Peter Knoll

Die Seminare lassen sich wahlweise

a) als Kurzseminare, jeweils 2,5 h

b) als Tagesseminare, jeweils ca. 7 h anbieten. Der Vorteil der Tagesseminare:

Hier bleibt ausreichend Zeit für praktische Übungen.





Herausgeber: Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e. V., Marktplatz 7, 95349 Thurnau, und FW Landesverband Bayern  
Verantwortlicher Bildungsleiter: Michael Schmitz, Im Brühl 18, 91183 Abenberg, mit Redaktionsteam. E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de  
Druck: Offsetdruckerei W. Täuber, Inh.: Volker Täuber, Industriestraße 6, 95359 Kasendorf

## Seminarübersicht des Bildungswerkes im ersten Halbjahr 2012

### April 2012

Fr.	13.4.	Kleiber, Kommunalpolitik für den Nachwuchs	Oberpfalz/Speinschart-Tremmersdorf
Fr.	13.4.	Kolenda, Rechnungsprüfung in der Kommune	Unterfranken/Mellrichstadt
Sa.	14.4.	Portele, Rhetorik, das A. u. O. der Kommunikation	Obb.-Ost/Altötting
Fr.	20.4.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft?	Mittelfranken/Dechendorf
Fr.	20.4.	Grill, Städtebauliche Entwicklung in Städten und Gemeinden.	Unterfranken/Niederberg
Fr.	20.4.	Neubauer, Rechnungsprüfung - mehr als nur Kontrolle	Oberfranken
Fr.	20.4.	Kraczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim kommunalen und privaten Gebäudebestand	Oberfranken/Röslau
Sa.	21.4.	Landesdelegierten Versammlung in Rosenheim	Oberbayern
Sa.	21.4.	Kolenda, Rechnungsprüfung in der Kommune	Niederbayern/Moosthenning
Fr.	27.4.	Ziegler, Gemeindliche Jugendtreffs	Oberpfalz/Freihung
Fr.	27.4.	Neubauer, Straßenausbaubeitragsrecht	Mittelfranken/Seukendorf
Fr.	27.4.	Stock, Lichtet den Schilderwald – ein erster Schritt zu Simply City	Mittelfranken/Greding
Sa.	28.4.	Kleiber, Das Haushaltsjahr – ist es wirklich um, wenn es vorüber ist – Jahresübergreifende Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung	Obb.- West/Eitensheim

### Mai 2012

Sa.	5.5.	Flieser, Projekte richtig beauftragen und den Überblick behalten	Unterfranken
Sa.	5.5.	Wagner, Flächennutzungsplan und Bebauungsplan - Steuerungsinstrumente	Niederbayern/Zachenberg
Fr.	11.5.	Neubauer, Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle?	Unterfranken/Elsenfeld
Fr.	11.-13.5.	Informationsfahrt zur Europ. Kommission, Brüssel	Mittelfranken/Wendelstein
Fr.	18.5.	Stock, Demographischer Wandel IV	Oberpfalz/Weiden
Sa.	19.5.	Ferlesch, Rhetorikgrundlagen	Niederbayern/Riedenburg

### Juni 2012

Fr.	15.6.	Wamser, Grundlagen des Beitrags- und Gebührenrechts	Oberpfalz/Bodenwöhr
Fr.	15.6.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft? Informationsfahrt nach Dillingen	Unterfranken/WÜ
Fr.	15.6.	Kraczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim kommunalen und privaten Gebäudebestand	Mittelfranken/Schnaittach
Sa.	16.6.	Ferlesch, Wahl und Wähler gewinnen! Informationsfahrt nach Dillingen	Unterfranken/WÜ
Sa.	16.6.	Grill, Basis für eine erfolgreiche Mitarbeit in kommunalen Gremien	Niederbayern/Aidenbach
Sa.	16.6.	Bundesmitgliederversammlung	Unterfranken/Geiselwind
Fr.	22.6.	Portele, Öffentlichkeitsarbeit Spezial 1 - Gewinnung neuer Zielgruppen mittels Internet	Mittelfranken/Neustadt a.d. Aisch
Sa.	23.6.	Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile	Obb.- West
Sa.	23.6.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft?	Obb.-Ost/Inzell
Sa.	30.6.	Stallmeister, Unsere Gemeinde – fit für die Zukunft	Mittelfranken/Marloffstein
Sa.	30.6.	Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile	Mittelfranken/Roßtal

### Juli 2012

Fr.	6.7.	Ziegler, Jugendarbeit in der Kommune – Investition in die Zukunft	Mittelfranken/Ansbach
Sa.	7.7.	Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile	Obb.- West
Fr.	13.7.	Portele, Der erste Eindruck ist oft entscheidend	Unterfranken
Fr.	13.7.	Kleiber, Das Haushaltsjahr – ist es wirklich um, wenn es vorüber ist – Jahresübergreifende Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung	Mittelfranken/Kammerstein
Sa.	14.7.	Vetter, Soziale Netzwerke – sinnvolle Nutzung und sichere Profile	Unterfranken

Stand 20.3.2012

Im Bezirk Schwaben sind weitere Seminare zu den Themen „Energiewende“ und „Rhetorik“ noch in Planung.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an die Bildungsbeauftragte Frau Wellenhofer und beobachten Sie unsere Internetseite!

[www.bkb-bayern.de](http://www.bkb-bayern.de)

